EP-G-01-421

B – Was Gerechtigkeit schützt

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost)

Änderungsantrag zu EP-G-01

Von Zeile 420 bis 422 einfügen:
behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und wollen zusammen mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln, auch um eine gemeindenahe, menschenrechtsbasierte Versorgung weiter zu stärken und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum

Begründung

Nach wie vor werden in Europa zu häufig Zwangsmaßnahmen im Rahmen psychiatrischer Versorgung angewendet. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich klar zugunsten einer gemeindenahen, menschenrechtsbasierten Versorgung ohne Zwangsmaßnahmen ausgesprochen. Auch die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die von allen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert wurde, spricht sich für eine menschenrechtsbasierte Versorgung und eine Vermeidung von Zwangsmaßnahmen aus. Um auch diese Ziele im Europawahlprogramm deutlich zu formulieren, ist der Zusatz erforderlich.

weitere Antragsteller*innen

Wilko Zicht (KV Bremen-Ost); Ilona Osterkamp-Weber (KV Bremen-Nord); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Günther Egidi (KV Bremen-Nordost); Peter Brückner (KV Würzburg-Land); Karolina Kumar (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Birgit Stupp (KV Ahrweiler); Annika Randzio (KV Bremen-Nordost); Catherina Pieroth-Manelli (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Marc Kersten (KV Köln); Maya Trapp (KV Bremen-Mitte); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); Ulle Schauws (KV Krefeld); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Gabriele Sauermann (KV Potsdam); Philipp Bruck (KV Bremen Links der Weser (LdW); sowie 43 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.